

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreis: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatl. RM. 1.50 einschl. 13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einschl. 18 Pfg. Postzustellgeb., wöchentlich 36 Pfg. Beleggeb. Einzelnum. 10 Pfg. Schriftlich. Druck und Verlag: G. W. Zaiser (Inh. H. Zaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Garten, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 frühliche Morgen-Zeile oder deren Raum 20 J. Familien-Anzeigen 15 J. Restamesse 60 J. Sammel-Anzeigen 50% Aufschlag - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postl. Kto. Stuttgart 5113

Nr. 239

Gegründet 1827

Mittwoch, den 12. Oktober 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

Der Reichskanzler in München

München, 11. Oktober.

Reichskanzler v. Papen traf heute früh, begleitet von Staatssekretär Pland von der Reichskanzlei, Ministerialdirektor Marock, dem Chef der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialrat Rufas und dem bayerischen Reichsratsbevollmächtigten Dr. v. Preger im Münchener Hauptbahnhof ein. Ministerpräsident Dr. Held begrüßte den Kanzler beim Verlassen des Salonwagens herzlich und stellte ihm die zum Empfang erschienenen Herren vor. Der Kanzler begab sich hierauf im Kraftwagen zum Haus des Ministerpräsidenten, wo er Wohnung nimmt, während die Herren seiner Begleitung sich zum Hotel Bayerischer Hof begaben. Um 10 Uhr fand im Ministerium des Äußeren die Vorstellung der bayerischen Staatsregierung statt.

Begrüßung im Außenministerium

Um 10 Uhr fand im Ministerium des Äußeren die Vorstellung der bayerischen Staatsregierung statt. Ministerpräsident Dr. Held bewillkommnete den Reichskanzler und führte aus: „Mit dem Besuch bei der bayerischen Staatsregierung verknüpft sich das Bekenntnis des Reichskanzlers, daß man in Berlin in der Reichsregierung unter Ihrer Führung die Selbständigkeit der Länder anerkennt und achtet. Nur so gemeint, gewinnt ein solcher offizieller Besuch des Reichskanzlers Sinn und Bedeutung. Daß wir dafür besonderen Dank wissen, namentlich in den Stürmen unserer Tage, die ja vor allem der Selbständigkeit der Länder gegolten haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir erblicken in dem Besuch des Reichskanzlers das Bestreben, die Führung zu übernehmen und zu halten mit den einzelnen Länderregierungen in der Zeit der großen geistigen und wirtschaftlichen Not des deutschen Volks. Es kommt darin die Überzeugung zum Ausdruck, daß das gesamte deutsche Volk zusammenleben muß, wenn es gilt, dieser Not Herr zu werden. Ein zerplittertes Deutschland wird sie niemals meistern können. Außenpolitisch hängt alles von unserer abfolgenden Einigkeit ab. Nur durch treues Zusammenarbeiten ist das große Ziel zu erreichen, Deutschland zu einem wahrhaft einigen und glücklichen Volk zu machen.“

Reichskanzler von Papen dankte für die freundlichen Worte und erklärte: „Mein Besuch soll mehr sein als eine formale Höflichkeit; er soll sein ein Zeichen dafür, daß in der Tat gerade jetzt in den vielleicht schwersten Stunden der Nachkriegszeit wir nur dann zu den großen gemeinsamen Zielen weiterstreiten können, wenn wir die Einigkeit zwischen dem Reich und den Ländern wiederherstellen, wie sie einst gewesen ist. Sie wissen, daß es von Anfang an meiner Regierung ein großes Ziel gewesen ist, mit den Ländern und durch die Länder, deren außerordentliche Wichtigkeit und Bedeutung in kultureller und völkischer Beziehung ich nie übersehen und stets hoch anerkannt habe, das neue Reich zu bauen. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, die passende Fühlung mit den Ländern zu pflegen und in offener Aussprache über die schwebenden Fragen die Meinungen auszutauschen, die auf dem schweren Wege vor uns liegen.“

Vom Ministerium des Äußeren begab sich der Reichskanzler nach dem Landtag zum Besuch des Landtagspräsidenten.

Empfang der Presse

Um 11 Uhr empfing der Reichskanzler die Vertreter der Presse. In einer kurzen Ansprache erklärte er, die Reichsregierung habe vom ersten Tag an betont, daß sie bemüht auf bundesstaatlichem Standpunkt stehe, daß die Lösung der großen Aufgaben, die ein neues Deutschland schaffen sollen, nur möglich sei, wenn man alle Kräfte zur Mitarbeit heranziehe. Der Presse solle die Aufgabe zu, an dem großen Ziel mitzuwirken, das Reich neu und größer auf einer Volksgemeinschaft aus dem Erlebnis des großen Völkerrings wieder aufzubauen.

Vom Ministerium des Äußeren aus begab sich der Kanzler zum Rathaus, um auch der Stadt München seinen Besuch zu machen. Darauf legte er einen Kranz am Gedenkstein nieder und stattete mittags bei dem päpstlichen Nuntius sowie bei Kardinal Faulhaber einen Besuch ab.

Der Besuch im Landtag

Bei dem Besuch des Kanzlers im bayerischen Landtag bewillkommnete ihn der Landtagspräsident Dr. Stang mit einer Ansprache: Die Wirtschaftsnote gehe riesengroß auch durch die bayerischen Länder. Wir wissen, fuhr der Präsident fort, daß wir in Bayern mit dieser Not ein allen Deutschen zur Zeit gemeinsames und gleiches Schicksal zu tragen haben. Ich darf Sie aber, sehr geehrter Herr Reichskanzler, und die gesamte Reichsregierung bitten, zur Behebung der bayerischen Wirtschaft durch eine bessere Zuteilung von Reichsaufträgen ein besonderes Augenmerk zu richten.

Der Reichskanzler erwiderte, die Herren dürften gewiß sein, daß die Belange Bayerns in Berlin immer ein offenes Ohr finden werden. Das Reich sei leider so arm wie die Länder; aber wenn es sich irgendwie ermöglichen ließe,

werde bestimmt den Ländern geholfen werden. Es werde nie vergessen werden, was die Länder - und speziell Bayern dem Reich geleistet haben.

Der Reichstagsauschuß für Auswärtiges

Berlin, 11. Okt. Der Reichstagsauschuß für Auswärtiges trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Frid (Nat.-Soz.) zusammen, um über Lausanne, Abrüstung und Völkerbundtagung zu beraten. Von der Regierung war kein Vertreter erschienen. Auch die Deutschnationalen nahmen an der Sitzung nicht teil. Das Zentrum hatte nur einen Beobachter, Dr. Dr. Bell, entsandt. Alle übrigen Fraktionen hatten Vertreter entsandt; auch die Sozialdemokraten hatten vor der Ausschuhstung beschlossen, an der Sitzung teilzunehmen. Die Nationalsozialisten hielten vor der Ausschuhstung noch eine längere innere Beratung ab. Von verschiedenen Fraktionen wurde der Standpunkt vertreten, eine sachliche Aussprache über die Beratungspunkte ohne Anwesenheit der Reichsregierung würde nicht dem Sinn und Zweck des Ausschusses entsprechen.

Die Kommunisten beantragten, den Ausschuh in einen Untersuchungsausschuh umzuwandeln. In der Ab-

Der Prozeß gegen das Reich

II.

Der Standpunkt der Reichsregierung

Leipzig, 11. Okt. Ministerialdirektor Dr. Gottheimer erklärte ferner: Die Tatsache der heftigen innerpolitischen Gegnerschaft der damaligen preussischen Regierung gegen die Reichsregierung mußte die Kommunisten zu der Ueberzeugung bringen, daß die preussische Regierung sich mit den Kommunisten in dem gemeinschaftlichen Gegenatz gegen die Nationalsozialisten verbunden fühle.

Die Reichsregierung hat in ihren Schriftsätzen dem Staatsgerichtshof Belege dafür vorgelegt. So hat der damalige Berliner Polizeipräsident Grzesinski am 26. Juni 1932 in einer Rede in Magdeburg wörtlich gesagt: „Sozialdemokraten und Kommunisten sollten sich an keiner Stelle Schwierigkeiten machen.“ Grzesinski hat bekanntlich auch eine Reihe von Organisationen seiner sozialdemokratischen Partei und auch eine kommunistische Organisation mit Waffen versorgt. Ich erinnere weiter an die Vorgänge, die sich an das Verbot des „Vorwärts“ angeschlossen. Es muß dabei festgestellt werden, daß dabei die Haltung des preussischen Innenministers Severing mit seiner Beamtenstellung nicht vereinbar war. Für die Reichsregierung wurde schon durch diese Haltung Severings die Frage, ob das Reich die gefährlichen Zustände in Preußen weiter so treiben lassen könne wie bisher, in höchstem Grad akut. Wenn das Reich mit seinen Maßnahmen noch zuwarten, so war von Einfluß hierauf der Aufruf Severings am 13. Juli gegen den Bürgerkrieg. Aber schon am 14. Juli rief derselbe Minister in einer öffentlichen Versammlung in den Tennishallen in Berlin: „Jeden wie am 31. Juli die Regierung von Papen und ihre nationalsozialistischen Helfershelfer davon.“ Gleichzeitig erhielt die Reichsregierung aus vertrauenswürdiger Quelle Kenntnis von geheimen Verhandlungen zwischen dem preussischen Innenministerium und kommunistischen Führern. Inhalt dieser Verhandlungen waren Bedingungen und Gegenleistungen für die Förderung und Beugung der kommunistischen Partei, was sich später in vollem Umfang bekämpft hat. Dies bedeutete eine so brennende Gefahr für das Deutsche Reich, daß nunmehr ohne jedes Zögern von der Befugnis Gebrauch gemacht werden mußte, die Artikel 48 der Reichsverfassung für Fälle dieser Art in die Hand gibt. Es wäre unverantwortlich gewesen, den offenen Ausbruch des Bürgerkriegs abzuwarten. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli war der einzige Weg, zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes zu gelangen.

Die Darstellung des Ministerialdirektors Dr. Brecht über die Vorgänge am 20. Juli war unvollständig. Die sämtlichen ihres Amtes enthobenen Minister haben ihre vollen Bezüge weiter erhalten. Ministerpräsident Braun hat jedenfalls auf diesen Umstand sehr großen Wert gelegt, denn er habe sich sehr bald nach der Enthobung vom Amte nach dieser Frage erkundigt und sich sehr befriedigt erklärt. Minister Severing hat die Sachlage, die der Reichsregierung Veranlassung zu ihrem Vorgehen gegeben hat, genau so beurteilt wie die Reichsregierung selber. Er hat Mitte Juni dem gegenwärtigen Reichsminister des Innern gegenüber erklärt, daß er sich an dem Gehör über die bevorstehende Einsetzung eines Reichskommissars nicht beteiligt habe, weil er persönlich der Ansicht sei, daß diese Maßregel sich nicht vermeiden lassen. Severing habe weiter erklärt: Warten Sie nicht mehr lange.

Tagespiegel

Reichskanzler v. Papen spricht am Mittwoch vormittags von 11.30 Uhr an auf der Tagung der bayerischen Industrie in München über das Thema „Vertragen schafft Arbeit“. Die Rede wird im Rundfunk über alle deutschen Sender verbreitet.

Der Stadtkommissar in Kobura hat die für nächsten Sonntag geplanten nationalsozialistischen Veranstaltungen mit Ausnahme der Sportplatzkundgebung, auf der Hitler die Ehrenbürgerurkunde überreicht wird, verboten.

Stimmung stimmten nur die Kommunisten dafür, die Sozialdemokraten übten Stimmhaltung. Ebenso wurde ein anderer kommunistischer Antrag abgelehnt, der die Dezentralität herstellen wollte. Der Ausschuh unterbrach dann seine Beratungen, um inzwischen weitere Anträge zu prüfen.

Der Ausschuh erklärt in einer Entschließung u. a., die Reichsregierung habe mit ihrer Weigerung, vor dem Ausschuh zu erscheinen, bevor die bekannte Streitfrage geregelt sei, sich eines wiederholten Verfassungsverstoßes schuldig gemacht. Die Regierung beweise damit, daß sie nicht den Mut finde, für ihre von schweren Missetaten begleitete Außenpolitik einzustehen. - Der Entschließungsantrag wurde von Dr. Frid (Nat.-Soz.), Dr. Bell (Z.), und Graf Duval (Bayr. Volkspartei) eingebracht. Außer diesen Parteien stimmten auch die Sozialdemokraten dafür. Die Kommunisten beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Prof. Dr. Hellers, Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, ersucht Dr. Gottheimer, den Brief, in dem Ministerpräsident Braun sich über die Weigerung seiner Bezüge so befriedigt ausgesprochen haben soll, vorzulesen. Auch die Bemerkung, daß Severing mit der Einsetzung des Reichskommissars gerechnet habe, müsse erst bewiesen werden. Nach seiner (Hellers) Ansicht sei die Rotverordnung vom 20. Juli auf Grund der Abmahnungen mit den Nationalsozialisten erlassen worden. Er behalte sich vor, den Antrag auf Ladung des Reichskanzlers v. Papen und Hitlers zu stellen.

Ministerialdirektor Dr. Badt erklärt die behauptete Haltung Severings der Einsetzung eines Reichskommissars gegenüber für unrichtig. Ministerialdirektor Dr. Gottheimer hält aber seine Angaben durchaus aufrecht. Ministerialdirektor Dr. Brecht erklärte, den preussischen Vertretern liege viel daran, Severing und v. Gayl als Zeugen vor dem Staatsgerichtshof eidlich vernehmen zu lassen. Der Vorsitzende wies jedoch darauf hin, von einer nähere Erörterung dieses Punktes könne er sich nicht viel versprechen. Der Vertreter der Reichsregierung müsse aber noch gefragt werden, ob die Einsetzung des Reichskommissars in der Art und in dem Umfang zwischen den Ministern erörtert worden sei, wie sie dann in der Verordnung vom 20. Juli ihren Ausdruck gefunden habe. Dr. Gottheimer antwortete, daß er darüber nichts sagen könne. Es habe sich aber um nichts anderes gehandelt als um die Einsetzung eines politischen Reichskommissars.

Der Vorsitzende schloß dann die Auseinandersetzungen mit dem Hinweis, daß die Parteien von sich aus an Severing und v. Gayl herantraten könnten, um eine Stellungnahme zu erreichen. Der Staatsgerichtshof sei bereit, im Lauf der Verhandlungen die Erklärungen entgegenzunehmen. Darauf wurde die Verhandlung auf Dienstag vormittag vertagt.

Zweiter Verhandlungstag

Leipzig, 11. Oktober.

Auch in der heutigen Verhandlung sah sich Reichsgerichtspräsident Dr. Bäumle veranlaßt, die Verhandlungsparolen zu bitten, persönliche Momente aus der Debatte zu lassen. Ministerialdirektor Dr. Brecht gab eine Erklärung ab, die preussischen Minister (außer dem oberufenen Ministerpräsidenten Braun und Innenminister Severing) hätten es nicht abgelehnt, mit dem Reichskommissar, jeder für sein Ressort, zusammenzuarbeiten, wenn auch unter Aufrechterhaltung ihrer Rechtswahrung. Die Behauptung, Ministerpräsident Braun habe sich dadurch befriedigt erklärt, daß sein Gehalt voll weitergezahlt würde, sei unwahr.

Ministerialdirektor Dr. Gottheimer erklärt, die Ausführungen Dr. Brechts über die Bereitschaft der Minister zur Mitarbeit mit dem Reichskommissar bedeuten keine völlige Klärung im Sinn einer Befragung der gestrigen Frage des Vorsitzenden, denn Herr Brecht habe nur von der Bereitwilligkeit der Mitarbeit der Minister für die einzelnen Ressorts gesprochen, was ungenügend wäre. Der preussische Ministerpräsident hat alsbald nach der Eröffnung, daß er seines Amtes enthoben sei, eine Feststellung nach der Richtung treffen lassen, wie es denn nun mit seinem Gehalt sei. Daß diese Anfrage auf Veranlassung der Rechtsvereinerung des Ministerpräsidenten erging, war mir nicht bekannt.

Präsident Dr. Bäumle bemerkt, dem Staatsgerichtshof fehle die prozessuale Berechtigung, Parteien, wie z. B. den Minister Severing, den Reichskanzler von Papen, als Zeu-



gen zu übernehmen. Es scheint kaum beizubringen zu sein, daß Einigkeit zwischen der Regierung von Bapen und den Nationalsozialisten darin bestand, daß mit der preussischen Regierung Schluss gemacht werden müsse. Er bezweifle, ob eine Zeugenernehmung in diesem Punkt weiterführen würde. Dies würde nur dann der Fall sein, wenn die Behauptungen, über die die Zeugen vernommen werden sollen, in sehr bestimmter Form vorgetragen werden.

Ministerialdirektor Dr. Badt führt aus, die Befestigung der preussischen Regierung sei nur der Schlüsselstein eines Plans, der seit zehn Jahren in Kreisen des Reichswehrministeriums besprochen worden sei und der auch Lieblingsplan des Generals v. Schleicher war, nämlich den Dualismus Reich — Preußen mit Hilfe des Artikels 48 zu beseitigen.

Ministerialdirektor Gottheimer erklärte dazu u. a.: Ich habe bereits gestern gesagt, daß die Reichsregierung durch keinerlei Abmachungen oder Abkommen zu einem Einschreiten gegen Preußen sich verpflichtet hatte. Ich muß heute nochmals namens der Reichsregierung erklären, daß sie sich in feier und verantwortungsbewusster Entscheidung zu dem entschlossen hat, was am 20. Juli geschehen ist. Die Entwicklung ging dahin, und zwar eben deswegen, weil wir uns tatsächlich in einer Bürgerkriegslage und in einer Konfliktlage befanden haben. Der Entschluß der Reichsregierung wurde bekräftigt, als Minister Soering in den Tennishallen in Berlin ausrief: „Sagen wir die Reichsregierung davon!“ Insbesondere waren aber für die Entscheidung der Reichsregierung die ungläublichen Ereignisse in Altona am 17. Juli maßgebend. Das war offener Bürgerkrieg. Ich muß mit aller Entschiedenheit gegen die Unterstellung Einspruch erheben, als ob nicht die Erwägung der Schaffung von Ruhe und Ordnung für die Reichsregierung in entscheidendem Umfang maßgebend gewesen wäre.

Erklärung Gottheimers

Im Auftrag der Reichsregierung gab Ministerialdirektor Dr. Gottheimer mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichsfängers folgende Erklärung in der heutigen Verhandlung des Staatsgerichtshofes ab:

„Eine Vereinbarung des Reichskanzlers mit Hitler über ein Vorgehen gegen Preußen ist nicht getroffen. Verhandlungen darüber haben zwischen ihnen nicht stattgefunden. Auch die Aufhebung des Uniformverbots, die Wiedergewährung der SA-Gruppen und die Wiedergewährung politischer Freiheiten waren nicht Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Reichskanzler und Hitler, gehörten vielmehr von vornherein zum Programm der Reichsregierung, die von sich aus entschlossen war, aus Gründen der Gerechtigkeit Ausnahmegesetzungen gegen die Nationalsozialisten zu beseitigen.“

Präsident Bumke: Es soll nunmehr geprüft werden, was durch die Verordnung vom 20. Juli entstanden ist.

Dr. Brecht: Der Reichsregierung sei es offenbar auf eine endgültige Abhebung und Beseitigung der Mitglieder des Kabinetts Braun angekommen. Erst einige Tage später, als sich ergeben habe, daß das Reich zu dieser Abhebung gar nicht befähigt sei, habe die Reichsregierung sich darauf beschränkt, von einer Suspendierung der Amisanzübung zu sprechen. Der Reichskommissar habe sofort 34 preussische Beamte zur Disposition gestellt und 10 Beamte zwangsweise beurlaubt. Dabei habe es sich nicht lediglich um Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gehandelt. Noch vor kurzem habe der Reichskommissar die endgültige Ernennung des Staatssekretärs im Staatsministerium vollzogen, der auch Reichsratsvertreter sei. Gerade die Frage der Vertretung des Landes im Reichsrat gehöre zu den strittigsten Dingen des jetzigen Streits. Das Vorgehen bedeute daher eine Vorwegnahme der Entscheidung des Staatsgerichtshofes.

Ministerialrat Gottheimer erklärt: Durch die Verordnung vom 20. Juli 1932 sind gemäß Art. 48 der Reichsverfassung besonders geartete Ersahorgane für den preussischen Ministerpräsidenten, die preussischen Staatsminister und damit das preussische Staatsministerium vom Reich auf vorübergehende Dauer und unter Vorbehalt des Widerrufs zur Ausübung der Landesgewalt bestellt worden. Dadurch, daß diese Ersahorgane ihre Befugnis von reichsrechtlicher Grundlage ableiten, ergeben sich einige Modifikationen. Die Ersahorgane handeln im Namen des Landes.

Eine Erklärung Severings

Berlin, 11. Okt. Gelegentlich einer Wahlversammlung in Juidau erklärte der frühere Minister Severing einem Vertreter der „Voss. Zeitung“ gegenüber den Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Gottheimer, er (Severing) habe selbst dem Reichsinnenminister v. Gaal die Einsetzung eines Reichskommissars empfohlen: „Ich habe niemals Herrn v. Gaal zu der Einsetzung eines Reichskommissars ermuntert. Ich habe ihm in einem Gespräch lediglich gesagt, daß ich mir sehr wohl denken könne, daß nach den Reichstagswahlen die Zeit reif sein werde, um jenen Plan der Verwirklichung näher zu bringen, der im Sommer 1931 zwischen Ministerpräsident Braun und Reichskanzler Brüning erörtert worden ist: in einer Personenfunktion zwischen Reich und Preußen eine Zusammenlegung der Ministerien herbeizuführen. Ich habe aber dringend gebeten, nicht ohne gefestigte Grundlage einen Reichskommissar einzusetzen. Ich habe späterhin auch eine öffentliche Erklärung über mein Gespräch mit Herrn v. Gaal veröffentlicht, als Gerüchte im Gange waren, daß das Reichsinnenministerium die preussische Polizei auf das Reich übernehmen wolle. Ich habe Herrn v. Gaal gefragt, ob er die Quelle dieser Gerüchte kenne. Herr v. Gaal hat damals verneint und dabei sich noch auf meine Erklärung berufen, daß die preussische Polizei fest in der Hand der Regierung sei. Ein anderes Gespräch über die Einsetzung des Reichskommissars habe ich mit Herrn v. Gaal nicht gehabt.“

Neue Nachrichten

Wahlabkommen Wirtschaftspartei-Deutschnationale?

Nürnberg, 11. Okt. T. U. meldet: Wie von zuverlässiger Seite verlautet, schweben zwischen der Wirtschaftspartei in Bayern und der Deutschnationalen Volkspartei Verhandlungen über ein Abkommen für die Reichstagswahlen. Die Verhandlungen sollen bereits so weit gediehen sein, daß mit einem greifbaren Ergebnis gerechnet werden kann. Demnach lehnt, entgegen anderslautenden Nachrichten, die Wirtschaftspartei in Bayern ein Zusammengehen mit der Bayerischen Volkspartei ab. Wie weiter gemeldet wird, wollen sich dem Vorgehen der Wirtschaftspartei in Bayern die sächsischen und thüringischen Wahlkreise sowie der Wahlkreis Halle-Merseburg anschließen.

Eine NSDAP-Kundgebung verboten

Berlin, 11. Okt. Die von den Nationalsozialisten für morgen abend angekündigte Kundgebung im Sportpalast, bei der Dr. Gbbels und der Landtagspräsident Krrl sprechen sollten, ist aus sicherheitspolizeilichen Gründen verboten worden.

Sondergerichtsurteil

Kendsburg, 11. Okt. Im Landfriedensbruchprozeß wegen des am 10. Januar verübten Ueberfalls auf Nationalsozialisten, bei dem ein SA-Mann den Tod fand, verurteilte das Sondergericht von den 23 angeklagten Mitgliedern der SPD und KPD und Angehörigen des Reichsbanners 16 zu Gefängnisstrafen von 1½ Jahren bis herab zu 6 Monaten. 7 Angeklagte wurden freigesprochen.

Das Wahlergebnis in Cupen und Malmedy

Brüssel, 11. Okt. Die belgischen Gemeindevahlen zeigen im ganzen einen eindeutigen Sieg der Sozialistischen Partei. Sie konnte 52 absolute Mehrheiten neu erobern. In den ehemaligen deutschen Gebieten Cupen und Malmedy läßt sich das Wahlergebnis noch nicht in allen Einzelheiten übersehen. Man kann aber schon jetzt behaupten, daß die Wähler nahezu ausschließlich den Parteien ihre Stimme gaben, die sich eine neue Volksbefragung zum Ziel gesetzt haben. Noch vorläufigen Ausrechnungen wird der Gemeinderat der Stadt Cupen aus 8 Mandatären der deutschen Gemeindefraktion, 3 Sozialisten, 2 Belgischen Katholiken und einem Mittelstandsabgeordneten bestehen. In St. Vith: Deutsche Liste 6, Belgische Katholiken 2, Sozialisten 1; in Loeren: Deutsche Arbeiter und Bauern 9, Belgische Liste 2; Emmatten: Liste des Bürgermeisters Esser 5, Belger 4; Hausen: Deutsche Einheitsliste 5, Belgier 2; Hergenrath: Belgische Liste 4; Lonsen-Herbestal: Bürgerliche Liste 7, darunter 5 Mitglieder des Heimatbunds, Arbeiter 2; Malmedy: 8 Sozialisten, 3 Belger.

In Brüssel wurde das Ergebnis von Cupen-Malmedy mit einer gewissen Niedergeschlagenheit aufgenommen.

Württemberg

8. Rotverordnung

Stuttgart, 11. Okt. Das Staatsministerium hat eine 8. Rotverordnung zur Sicherung der Haushalte der Gemeinden erlassen. Sie enthält die Verpflichtung zur Erhebung der Bürgersteuer 1933 mit erhöhten Sätzen. Die Bürgersteuer 1933 wird mit 500 v. H. des Landesjahres erhoben in allen Gemeinden, die entweder a) am 30. September 1932 mehr als zehn vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtsverbände auf 1000 Einwohner gehabt haben, oder b) im Rechnungsjahr 1932 eine Gemeindevulnagel von mehr als 22 v. H. erheben. Die Gemeinden können bis zum 17. Oktober 1932 bei der Aufsichtsbehörde Befreiung beantragen. Die Befreiung darf nur erteilt werden, wenn der Haushalt der Gemeinde für das Rechnungsjahr 1932 trotz der zu erwartenden Mindererträge bei den Reichsüberweilungssteuern und bei der Bürgersteuer ausgeglichen ist, insbesondere ein erhebliches Anwachsen der Zahl der Wohlfahrtsverbände nicht zu besorgen ist. Diese Verordnung tritt am 11. Oktober 1932 in Kraft.

Von zuständiger Stelle wird dazu mitgeteilt: Die Gemeinden müssen nach den heutigen Verhältnissen mit einem Rückgang ihrer Steuereinnahmen bei der Einkommensteuer um etwa 15 v. H., bei der Umsatzsteuer um nahezu 20 v. H. rechnen gegenüber den Zahlen, die bei der Aufstellung der Haushaltspläne für 1932 in der Regel zugrunde gelegt wurden. Auch bei der Bürgersteuer 1933 bedeutet der Wegfall des Ehefrauenaufschlags in Verbindung mit den übrigen Steuererleichterungen einen Ertragsrückgang über 25 v. H. Gleichzeitig hat das Reichsfinanzministerium den Ländern und den Organisationen der Gemeinden mitgeteilt, daß aus der Reichsmohlfahrtsliste ab 1. Januar 1933 nur noch die Gemeinden Zuschüsse bekommen, die die Bürgersteuer mit mindestens 500 v. H. des Landesjahres erheben. Vorstellungen bei der Reichsregierung blieben ohne Erfolg; es wurde darauf hingewiesen, daß in andern Ländern die Bürgersteuer jetzt schon in dieser Höhe und darüber erhoben werde. Aus steuerrechtlichen Gründen müssen Beschlüsse über die Höhe der Bürgersteuer 1933 bis 21. Oktober d. J. gefaßt und von der Aufsichtsbehörde genehmigt sein. Es war daher unvermeidlich, die entsprechende Erhöhung der Bürgersteuer durch Rotverordnung als bald anzuordnen und für etwaige Befreiungsanträge der Gemeinden den Termin vom 17. Oktober d. J. vorzuziehen. Befreiungsanträge können die Gemeinden stellen, die ihren Haushalt für 1932 auch ohne Mehreinnahmen aus der Bürgersteuer ausgleichen können. Die Staatsregierung hofft, beim Reich erreichen zu können, daß eine Entziehung der Reichsmohlfahrtsliste unter der angegebenen Voraussetzung bei diesen Gemeinden nicht praktisch wird. Eine Gewähr dafür kann jedoch nicht übernommen werden. Bei der Frage, ob der Haushalt für 1932 ausgeglichen ist, kann davon ausgegangen werden, daß höchstens die bis 30. Juni 1933 fällig werdenden Beiträge der Bürgersteuer 1933 noch für das Haushaltsjahr 1932 Verwendung finden.

Die Bürgersteuer wird demnach durch Rotverordnung wiederhergestellt, so zwar, daß ab 1. Januar 1933 nur noch solche Gemeinden Zuschüsse der Reichsmohlfahrtsliste erhalten, die eine Bürgersteuer mit 500 v. H. des Landesjahres erheben.

Zum Rukha-Prozeß wird mitgeteilt: Die Minderjährigkeit der Tochter Rukha hat nicht zur Folge, daß gegen diese eine Klage nicht angestrengt werden könnte, sondern nur die, daß die bisherige Zustellung ungültig ist. Dieser Mangel kann aber jederzeit, und zwar im anhängigen Rechtsstreit, beseitigt werden. Da es sich also um kein neues Verfahren handelt, hat die Klägerin Ida Rukha auch nicht die bisherigen Kosten zu tragen, die Gesamtkosten fallen vielmehr dem unterliegenden Teil zur Last.

Kindsaussetzung. In einem Gartenhaus an der Alten Weinsteige hat ein 28jähriges Dienstmädchen ein Kind zur Welt gebracht und es dort ohne jede Wäsche um liegen lassen. Durch das Schreien des Kindes wurden Nachbarn aufmerksam gemacht, die dann das Kind dem städtischen Kinderheim zuführten. Die Mutter ist bereits ermittelt, sie hat die Aussetzung eingestanden.

Vom Hagenbergturm herabgestürzt. Am Montag nachmittag stürzte sich ein arbeitsloser verheirateter Mann im Alter von 50 Jahren vom Hagenbergturm. Der Mann war sofort tot.

Ulm, 11. Okt. Verteidigung der Rekruten. In Bilingen fand am Samstag die Verteidigung der am 1. Oktober beim 5. Artillerie-Regiment eingetretenen Rekruten statt.

Heidenheim, 11. Okt. Milchwirtschaftlicher Zusammenschluß. Am Samstag tagte der Preisausschuß des milchwirtschaftlichen Zusammenschlusses. Der Ausschuß hatte über einen Antrag auf Herabsetzung des Milchpreises auf seinen früheren Stand von 20.3 zu verhandeln. Es wurde beschlossen, den derzeitigen Preis für 1 Liter Milch auf 21.3 zu belassen.

Weingarten, 11. Okt. Eine Rede des Landtagspräsidenten. Bei der Feier des 10jährigen Bestehens der Ortsgruppe der NSDAP, am Samstag sprach Landtagspräsident Mergenthaler. Er führte aus, daß die nächsten Wochen und Monate ein schwerer Kampf für die Partei sein werden. Die letzten Ereignisse seien manchen Parteigenossen überaus unangenehm. An Stelle des Novemberparlamentarismus dürfe nicht Reaktion und Herrenklub regieren. Das Schicksal des Volks werde in die Hand einer volksfremden Kaste gelegt. Wenn v. Papen am Ruder bleibe, gebe es einen entsetzlichen Zusammenbruch. Judentum, Freimaurertum und Börsenkapital fanden sich zusammen für Papen. Auch die Sozialdemokratie bere: „Gott erhalte Franz den Papen, damit der Hitler nicht über uns kommt.“ In Württemberg ließen sich noch Millionen sparen.

Wangen i. A., 11. Okt. Omnibus umgestürzt. Fünf Reisende verletzt. Ein mit 16 Personen besetzter Omnibus aus Wangen i. A. überfuhr auf der Bundesstraße zwischen Lauterbach und Dornbirn (Dornalberg) einen Radfahrer, geriet dabei über den Straßenrand und kippte um. Fünf Radfahrer, davon 4 aus Wangen, wurden verletzt und mußten ins Krankenhaus Bregenz gebracht werden. Der Lenker des Autos, Mühlenbesitzer Gebhard Straßer aus Unterhorgen (Ost. Wangen), wurde ins Bezirksgericht Bregenz eingeliefert.

Eisenhart, W. Wangen, 11. Okt. Todesfall. Gestern nachmittag verschied im 76. Lebens- und im 51. Priesterjahr Pfarrer a. D. Matthias Birth in Eisenhart, wo er 11 Jahre seines Ruhestandes zugebracht hatte.

Friedrichshafen, 11. Okt. Den Anschluß verpaßt. Den Anschluß an das Luftschiff „Graf Zeppelin“ zu seiner 8. Südamerikafahrt am vergangenen Sonntag abend hat der Chef der englischen Zivil-Luftfahrt verpaßt; er mußte mit seinem Flugzeug in Baden-Baden notlanden und erreichte das Luftschiff nicht mehr.

Das Luftschiff hat am Dienstag vormittag die Kanarischen Inseln überflogen.

Aus Stadt und Land

Magdler, den 12. Oktober 1932.

Jede Sache wird durch ihren Ausdruck irgendwie veräußert und entweicht. Surdhardt.

Dienstnachrichten.

Im Bereiche des Landesfinanzamts Stuttgart wurden ernannt: zum Steuerassistenten der Steuerdiätar: Zimmerer bei dem Finanzamt Hirsau. Die katholische Pfarrstelle in Reisingen ist von dem Bischof von Rottenburg dem Pfarrer Forster in Hülen a. d. R. verliehen worden.

Nächste öffentliche Gemeinderatsitzung

heute Mittwoch, den 12. Oktober 1932, nachmittags 5 Uhr

Ständchen

Gestern abend brachten die Mitglieder des Liederkranzes ihrem verdienten Vorstand Präzeptor Wieland anläßlich dessen 50. Geburtstages ein ehrendes Ständchen, wobei Bizevorstand Kentscher namens des Vereins die herzlichsten Glückwünsche entbot. Präzeptor Wieland dankte mit bewegten Worten für die freundliche Ueberraschung und verlamelte seine Sängerkolonne bei frohem Lied noch einige gemütliche Stunden in der „Köhlererei“ um sich.

Bildervortrag

Auf den heute abend im Löwen stattfindenden Bildervortrag des Direktors Fergner-Karlstrube sei noch besonders hingewiesen. (Siehe Inserat).

„Unsere Heimat“ Nr. 10. Die heutige Nummer will nicht, wie wir es in letzter Zeit gewohnt sind, irgend ein Kapitel württembergischer Geschichte aufschlagen, sondern will uns ein Stück Heimat in lebendiger und glühvoller Weise zur Darstellung bringen, unter dem Gesichtspunkt „Meine Heimat — deine Heimat — unsere Heimat“ ein Dorf auf der schwäbischen Alb schildern mit all seinen Farben und Lichtern, all seinen Lauten und seinen Klängen, den ganzen Herzschlag des Lebens und Erlebens, wie es einem juteil wird in den gesegneten aufdämmernden Tagen der Jugend, da man mit tausend Sinnen und Kräften nach den holden Erscheinungen der Welt greift und sie in ihrem eigenen und starken Leben wirklich ergreift. Diese Nummer „Unsere Heimat“ soll gewissermaßen ein Geschenk sein, das der Herausgeber unserer Heimatbeilage, Hans Keshing, mit dem wir nun schon jahrelang durch die württembergische Heimat wandern, uns zu seinem 50. Geburtstag am 1. Oktober gab.

Untertalheim, 11. Okt. Todesfall. Kaum hat sich der Grabeshügel über der so früh aus dem Leben geschiedenen Frau des Sonnenwirts Schermann geschlossen, da durchheilt schon wieder unser Dorf die Trauerkunde von einem plötzlichen Todesfall. Der 63 Jahre alte Franz Lauer Luß besuchte am Sonntag nachmittag die Kolonienkranzandacht, als ihn während derselben ein Unwohlsein überfiel. Er begab sich in das Haus seiner Schweltern unweit der Kirche. Nach kurzer Zeit mußten seine Angehörigen wahrnehmen, daß seine letzte Stunde geschlagen hatte.

Eutingen, 11. Okt. Der Bahnhofumbau zeigt allmählich seine Umrisse. Es erhebt sich nach und nach Gebäude um Gebäude über dem Erdboden. Ein Stellwerk und einige kleinere Bauten sind fertiggestellt. Das Hauptgebäude ist bis zum 1. Stodwerk gediehen. Die Unterführung, sowie Wasserleitung sind im Erdreich fertig. An einem großen Wasserbehälter wird fest gearbeitet. Die meisten Bauarbeiten werden mit Eisenbeton hergestellt. Auch am Bahnkörper wird immer noch kräftig gearbeitet.

Pöhltingen, Ost. Herrenberg, 11. Okt. Einbruch ins Rathaus. In der Nacht auf Sonntag wurde im Rathaus eingebrochen, wobei aus dem Amiszimmer des Bürgermeisters 20.4 entwendet wurden. In der Nacht auf Samstag wurde in der Wirtschaft zum Hirch eingebrochen. Die Nachforschungen mit Hilfe des Fingerabdruckverfahrens ergaben als Täter den von hier stammenden Bernhard Fiech. Er hatte wegen der gleichen Vergehen in Ulm etwa zwei Jahre Gefängnis abzudienen und ist vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen worden.

Calw, 11. Okt. Neue Erfindung. Christian Feuch...

Glatten, 10. Okt. Schwere Unfall. Am Samstag...

Letzte Nachrichten

Daubmann gesteht, nicht Daubmann zu sein

Freiburg, 11. Okt. Wie aus zuverlässiger Quelle...

Ein weiterer Toter der „Niobe“ geborgen

Kiel, 11. Okt. Von der Belagerung des Feuerschiffes...

Samuel Inzull wird freigelassen.

Athen, 11. Okt. Wie die Agence d'Athènes...

Rahstörungen in Belfast.

Belfast, 11. Okt. Arbeitlose versuchten heute...

Gebrauchte Automobile

offen und geschlossenen, Last- und Lieferwagen...

Auto-Statler Stuttgart, Pringelstraße...

Handel und Verkehr

Berliner Pfundkurse, 11. Okt. 14,53 G., 14,57 B.

Die Dänische Nationalbank hat den Diskontsatz...

Neue Schönanweisungen. Die Reichsschönanweisungen...

Große Auslandslieferung. Die Firma C. D. Magirus...

Neuer Kuffenauftrag. Der Stahlwertverband...

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 11. Oktober...

Table with market prices for cattle, sheep, and pigs, including columns for animal type and price.

Vorheimer Schlachtviehmarkt, 11. Okt. Auftrieb: 4 Ochsen...

Schweinepreise. Kalen: Milchschweine 13-19...

Fruchtpreise. Kalen: Weizen 10,60-12,50...

Stuttgarter Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz...

Stuttgarter Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof...

Stuttgarter Mostobstmarkt auf dem Wilhelmsplatz...

Das Wetter

Da die Wirbelstörung im Westen fortbesteht...

Geschäftliches

Hinweise dürfen sich nur auf Inserate beziehen...

Wo man kaufen soll?

Es wird uns geschrieben: Mitglieder von Konsumvereinen...

Gestorbene: Luise Kullenhardt geb. Merkle...

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten...

Large advertisement for E. Schiler Nagold, featuring 'Ihre Herbststeinkäufe' and 'tätigen Sie am Markt'.

Advertisement for 'Verzweifelte Kranke' and 'Lichtbilder-Vortrag'.

Advertisement for Edelweiß-Decker, Deutch-Wartenberg 34, featuring a bicycle image.

Advertisement for 'FARBEN und LACKE jeder Art' by K. Ungerer.

Advertisement for 'Auf dem Jahrmarkt in Nagold!' listing various goods and prices.

Large advertisement for 'Total-Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe' by Bekleidungshaus M. Rapp.

Advertisement for 'Fasshahnen Schwefelschnitten' by Hermann Knodel.

Advertisement for 'SODBRENNEN' and 'Tablette'.

Advertisement for 'Achtung Landwirte' and 'Trag-Pulver'.

Advertisement for 'Herren-Trikothemden Unterhosen, Socken' by Herm. Brintzinger.

Advertisement for 'Zum Markt in Nagold' listing various goods and prices.

